

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/44. Jahrgang

Oktober 2013

Schutzgebühr: 0,40 €

Kein "Politikwechsel" in Sicht

Die verschiedenen Fraktionen des Kapitals können nun untereinander koalieren und den Sozialabbau fortsetzen – in Berlin wie in Wiesbaden.

Es sind „Hessische Verhältnisse“ in Bund und Land. Dass die FDP nach anfänglichen Irritationen nun doch in den hessischen Landtag eingezogen ist, mag emotionales Bedauern zur Folge haben, spielt aber ansonsten keine Rolle.

Die DKP hat nicht selbst kandidiert, sondern zur Wahl der Partei Die Linke (PDL) aufgerufen. „Für Menschen, die für ihre Interessen auf die Straße gehen, ist diese Partei die einzige

Chance, im Parlament ihre Belange vertreten zu sehen.“ (aus dem Wahlauftritt der DKP) - Wenig genutzt haben dürften der PDL in Hessen einige antikommunistische Äußerungen zum 17. Juni und auch ihre Bereitschaft zur Koalition mit bzw. Duldung einer SPD/Grünen Regierung. Die Sache scheint noch nicht vom Tisch.

Das Ergebnis der rechten Parteien, insbesondere der NPD kann zunächst erfreuen; ihre Bedeutungslosigkeit bei Wahlen darf jedoch nicht überschätzt werden. Erwähnt werden muss ihr



Abschneiden in Allendorf-Lumda, wo sie nach antifaschistischen Protesten von 0,6% auf 2,0% zulegte und die PDL von 5,3% auf 3,9% fiel.

(Fortsetzung auf Seite 3)



Die Gefahr eines drohenden Krieges gegen Syrien scheint – vorerst – gebannt. Dennoch suchen die Hauptkriegstreiber einen Vorwand - wie beim Irak, wie bei Libyen... Denn es geht weder um Menschenrechte noch um Demokratie sondern um wirtschaftliche Macht. Wenn es zum Krieg kommt, ruft die Friedensbewegung zu Protestkundgebungen auf: um 17 Uhr am folgenden Tag in Gießen bei den drei Schwätzern.



Inhalt:

Wieder Polizeischutz für Faschisten S.2
Wieseckau - ausgesperrt S.3
Leiharbeit/Klinikum S.4

Wahlen/Spätkapitalismus S.5
3 Wochen Sozialismus/Brechts Puntila S.6
Buchtipps: "kein Reli"/Leserbriefe S.7
Termine/Griechenland-Soli S.8

Wohnen in Gießen: Stadt kassiert jährlich 6,5 Mio. € mehr

Ob Wohnungseigentümer oder Mieter – für alle Gießener wird nächstes Jahr das Wohnen teurer. Als Folge des kommunalen "Schutzschirmes" wird die Grundsteuer drastisch erhöht, um 58%. Für ein Haus mit 2 Wohnungen, für das bisher 380 Euro zu zahlen waren, werden dann 600 Euro fällig. Für jede Wohnung sind das also fast 10 Euro mehr pro Monat. Ähnliche Beträge gelten für jede Wohnung, je nach Größe und Grundstückgröße. Wieder eine Abgabe, die weitgehend unabhängig von der finanziellen Situation von jedem erhoben wird. Die Einnahmen der Stadt aus dieser Steuer erhöhen sich von ca. 11 Millionen Euro auf 17,5 Millionen Euro pro Jahr. Mit dem Geld kann der Magistrat weiterhin Unsinnprojekte wie die Zuschüttung von Unterführungen finanzieren. In den Verlautbarungen der Stadt beim Schritt unter den Rettungsschirm war das noch nicht deutlich zu erkennen. Dort war für den größten Posten, die Grundsteuer, angegeben: Ziel 2020 – 6,5 Millionen Euro. Das sah so aus, als wäre das die Summe der Mehreinnahmen bis dahin – das wir für jedes einzelne Jahr so viel mehr zahlen müssen, wurde verschleiert. Gernot Linhart

Für Frieden und Sozialismus!



Wieder Polizeischutz für Faschisten in Gießen

Wieder einmal wurde der faschistischen NPD unter massivem Polizeischutz in Gießen gestattet, ihre Hetzparolen zu verbreiten. Wieder einmal hat der Magistrat - im Gegensatz zu vielen anderen Städten - sich geweigert, die Kundgebung zu verbieten. Nur wenige Tage vorher war der geplante Auftritt - am 20.9. ab 13 Uhr auf dem Hiroshima-Platz - bekannt geworden; das Bündnis „Gießen bleibt bunt“ traf sich sofort, um Gegenmaßnahmen zu beraten.

Was kam dabei heraus? Es wurde für 14 Uhr auf dem Kirchenplatz eine Kundgebung einberaumt - bis dahin waren die Faschos bereits abgezogen. Dennoch gelang es etwa 500 Gießener Antifaschisten, sich durch Trillerpfeifen und Sprechchören ab 13 Uhr den Nazis entgegenzustellen. Die standen allein auf dem von der Polizei großräumig abgesperrten Platz und grölten ihre ausländerfeindlichen Parolen, von denen im Seltersweg kein Wort zu verstehen war.

Im Anschluß fand auf dem Hiroshi-

ma-Platz eine spontane Kundgebung statt, auf der in fast allen Redebeiträgen das Verbot der NPD gefordert wurde.

Es stellt sich die Frage, warum dies nicht geschieht. Die juristischen Grundlagen sind vorhanden und eindeutig (s. Kasten); dennoch wird die NPD als „legale“ Partei seit Jahren geduldet, geschützt und mit öffentlichen Mitteln finanziert. (Allein die Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl bescheren ihr rund 1 Million Euro Steuergelder.)

Antifaschisten und Demokraten sind immer wieder gezwungen, dieser „legalen“ Volksverhetzung Einhalt zu gebieten und die Notwendigkeit eines Verbots zu erläutern (wobei andere wichtige Themen – Krieg und Sozialabbau – zu kurz kommen). Sie müssen sich anhören, daß die NPD als „legale“ Partei doch ihre Meinung sagen dürfe in einem freien Land. Soll es denn auch Meinungsfreiheit geben für die Propagierung von Folter, Sklaverei oder Mißbrauch?! Diese Ausei-

nersetzung hatte auch den Effekt, daß die NPD samt ihrer Hetzplakate in den Medien große Aufmerksamkeit fanden. Gerade im nordöstlichen Kreis Gießen, wo auch breite antifaschistische Aktionen stattfanden, hat die NPD erschreckende Ergebnisse. Und bei der Jugendlichen-Abstimmung erreichte sie in Gießen (auch wenn das teilweise gesteuert gewesen sein mag) 11%.

Es ist nicht die Unterwanderung der Nazi-Partei durch den Verfassungsschutz allein, der als Vorwand für ein Nicht-Verbot dient. Für die Herrschenden ist die Existenz faschistischer Parteien nützlich. In ihrem Windschatten können sie die eigenen ausländerfeindlichen und reaktionäre Ziele leichter durchsetzen: Asylpolitik, Residenzpflicht, Bekämpfung der „Sozialschmarotzer“... Die Äußerungen eines Sarrazin (SPD) oder Irmer (CDU) haben die gleiche Wellenlänge. Auf die Option einer legalen faschistischen Partei soll offenbar nicht verzichtet werden. Erika Beltz



Die Polizei hatte offenbar nicht nur die Aufgabe, die NPD zu schützen, sondern auch gleich die Demonstranten zu filmen.

Fragen des Stv. Beltz an den Magistrat

"Aufgrund der Erwartung, dass auch in Zukunft faschistische Organisationen wie die NPD in unserer Stadt Kundgebungen und Demonstrationen durchführen wollen, frage ich den Magistrat:

Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, derartige entgegen Artikel 139 des Grundgesetzes zugelassene Organisationen an der Verbreitung menschenfeindlicher Propaganda zu hindern?

1. Zusatzfrage: Können nach dem Vorbild der Stadt Neu-Ulm, in dem der Bürgermeister (CSU) in der Innenstadt eine Geräteschau mit Müllwagen, Schneepflügen usw. organisierte, in Gießen ähnliche Maßnahmen zur rechtzeitigen Besetzung eines Platzes ergriffen werden?

2. Zusatzfrage: Können demokratische Organisationen und Parteien zeitig über das geplante Auftreten von Faschisten informiert werden, um entsprechende Gegenmaßnahmen, wie z.B. eigene Kundgebungen, vorbereiten zu können?" Die Fragen werden zu Beginn der Sitzung vom 10. Oktober beantwortet.

Potsdamer Abkommen:

„... Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen...“

Art. 139 Grundgesetz:

„Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Wieseckau und Schwanenteich - alle werden ausgesperrt

Bald ist endgültig Schluß mit Spaziergängen an Wieseckau und Schwanenteich. Der Zaun um das LaGa-Gelände wird alle aussperrern! Unerbittlich nimmt das Unheil seinen

Lauf. Obwohl die Stadtverordneten Ende letzten Jahres beschlossen hatten, daß der „Schwanenteich einschließlich Uferweg und Baumbestand so bleibt wie er ist“, wird auch am der THM gegenüberliegendem Ufer alles plattgemacht. In der Ostanlage werden 600.000 Euro buchstäblich versenkt, für eine unsinnige Maßnahme, die keiner will, die auf Biegen und Brechen durchgedrückt wurde und bei der sich die OB bis auf die



LaGa-Chef Wiemer am 29.9.

Knochen blamierte. Ohne Begründung hatte sie vor der entscheidenden Abstimmung gekniffen und auch danach alle Fragen nach ihrem „wichtigen Termin“ ebenso unbeantwortet gelassen, wie die nach ihrem Stimmverhalten, wenn sie geblieben wäre.



BI mit kreativem Protest auf dem „Baustellenfest“

Mit Flugblättern, Plakaten und T-Shirts waren etwa ein Dutzend Mitglieder der BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ am 29.9. auf dem „Baustellen-Fest“ der LaGa vertreten. Sogleich wurde ihnen von Baustellenleiter Werner untersagt, auf dem Festgelände Flugblätter zu verteilen. Herr Wiemer, Chef der LaGa, wollte sogar einem Verteiler die Flyer mit Gewalt entreißen. Das widersprach eklatant den Worten von OB Grabe-Bolz und Bgm. Weigel-Greulich, die in ihren offiziellen Reden ausdrücklich die anwesenden BI-Mitglieder samt Protest willkommen hießen. „Erst werden wir begrüßt und dann verjagt,“ empörte sich Sprecherin Martina Lennartz, die sich über das Ergebnis der Aktion sehr zufrieden äußerte: Mehr als 300 Flugblätter waren in kurzer Zeit unter die Leute gebracht worden.

Quittung für die Grünen:

Die Verärgerung insbesondere der Anwohner ist groß; sie kommt auch in einigen Wahlbezirken bei der Landtagswahl zu Ausdruck:

- 104 THM Ostanlage: 16,1 für die Linke, 14,4 für Grüne
- 204 Theodor-Litt-Schule: 14,2% Linke, 9,9% Grüne;
- 206 Kita Ringallee: 10,3% Linke, 7,1% Grüne;
- 207 Röderring: 12,8% Linke, Grüne 7,6%;
- 304 Spenerweg: 11,8% Linke, 7,7% Grüne.

Auf das Ergebnis der nächsten Kommunalwahlen, wenn das Desaster La-Ga nicht mehr kaschiert werden kann, darf man gespannt sein.



Fotos von links: Gut aufgestellt, die ersten BI'ler am Treffpunkt, Herr Werner erteilt Platzverweis, die BI in Aktion

(Fortsetzung von Seite 1)

Zum Wahlausgang

In Gießen hat die PDL zugelegt - trotz einer schwachen Organisation und inzwischen überwundener Streitigkeiten, die zur Spaltung bei den letzten Kommunalwahlen führten. Obwohl die PDL landesweit 0,2% verlor (von 5,4 auf 5,2%), konnte sie in Gießen 1,1% hinzugewinnen und erreichte 8,4% - das ist der höchste Zuwachs in größeren hessischen Städten. In vielen Gesprächen mit deren Mitgliedern und Sympathisanten wurde eine deutliche Position gegen Regierungsbetei-

ligung hörbar und Übereinstimmungen mit der DKP festgestellt.

Auch im Gießener Echo haben wir zur Wahl der PDL aufgerufen, aber zugleich festgestellt, dass ein Regierungswechsel keinen Politikwechsel beinhaltet: „Ob Merkel, Steinbrück... ganz egal, in Deutschland herrscht das Kapital.“

Die „junge Welt“ vom 23. September fasste richtig zusammen: „Deutschland hat gewählt: 80% für die Kriegsparteien.“

Dennoch muss man der jW einen Fehler vorwerfen, der immer wieder in bürgerlichen Medien und bei uns auftaucht: 80% bei 70% Wahlbetei-

ligung entspricht 56%. Die Nichtwähler werden vergessen.

„Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll – das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus... auch in den allerdemokratischsten Republiken.“*)

Die Menschen in den sozialen Brennpunkten, die kaum zur Wahl gehen, haben das zumindest aus Erfahrung und emotional begriffen. Michael Beltz

*) W.I.Lenin, „Staat und Revolution“ in Werke Bd. 25, S 435.

Leiharbeit: Der Schwindel mit „offenen“ Stellen

Wer in dem Onlineportal Jobbörse der Agentur für Arbeit einen Arbeitsplatz sucht, merkt sehr schnell, dass in Gießen z.B. in den Branchen Metall-, Maschinen- und Fahrzeugbau-, 90% der Stellen von Personaldienstleistern bzw. Verleihfirmen angeboten werden. Doch Vorsicht! Eine Vielzahl der dort angebotenen Stellen existiert in Wirklichkeit gar nicht. Die Basis von Leihfirmen ist zunächst mal das Sammeln von personenbezogenen Daten. Je größer der Pool der Berufsbiographien ist, desto größer ist die Chance der Leihfirmen, jemanden zu einem Unternehmen zu verleihen. Um an genügend Bewerber zu kommen, schalten Leihfirmen bei den örtlichen Jobcentern Stellenangebote. Diese Stellenangebote sind oftmals nicht da, oder sie überschnei-

den sich mit denselben Angeboten von konkurrierenden Leihfirmen. Mir ist besonders die Fa. TEMP-Workers in der Westanlage aufgefallen; aber prinzipiell handeln alle 30 Leihfirmen hier so. Das bedeutet, dass z.B. Firma XY in Heuchelheim eine zeitweilige Arbeitskraft als Industriemechaniker sucht und dann mehrere Leihfirmen, die von dem Bedarf der Firma XY wissen, ein Angebot als Industriemechaniker veröffentlichen. Die örtlichen Arbeitsämter kontrollieren in der Regel die Verbindlichkeit dieser Stellenangebote nicht und setzen stattdessen gutgläubig auf die Kooperation mit den Leihfirmen. Dabei kommt den Arbeitsämtern dieser Schwindel bzw. Betrug durchaus gelegen, da sich damit hervorragend die Statistik der offenen Stellen fälschen lässt. Außerdem die-

nen diese Schwindelangebote dazu, Druck auf Bewerber auszuüben. Wer sich nämlich auf vorgeschlagene Stellen



len nicht bewirbt, muss mit Einschränkungen von ALG I oder ALG II rechnen. Der Bewerber weiß allerdings meist nicht, dass diese Stellenangebote nicht existieren. Durch dieses miese Zusammenspiel von Leihfirmen und Arbeitsämtern werden Hoffnungen von Arbeitslosen missbraucht. Es wird endlich Zeit, dass Leiharbeit verboten wird. - Übrigens, das Jobcenter in Gießen war zu keiner Stellungnahme bereit. Mirko Düsterdieck.



Uniklinikum: Fachleute erklären Privatisierung für gescheitert

Die Privatisierung des Uniklinikums Gießen-Marburg (UKGM) ist gescheitert.

Das sagen nicht irgendwelche nörgelnden Linke, sondern die Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin. Das ist ein Gremium, dem u.a. die Bundesärztekammer, der Deutsche Hochschulverband, der Marburger Bund (Ärztengewerkschaft) und die Gesellschaft für Medizinrecht angehören.

Die Rhön-Kliniken AG, Eigentümerin des UKGM, wies diese Beurteilung sofort empört zurück. In einem Brief an alle Beschäftigten warf sie der Arbeitsgemeinschaft Polarisierung und Falschdarstellung vor. Unipräsident Mukerjee stellte sich auf Seiten der Rhön AG, wer weiß, was er sich davon verspricht. Aber alle Tatsachen zeigen, daß die Arbeitsgemeinschaft recht hat.

– Die Belastung der Beschäftigten wird immer unerträglicher. Immer

weniger Personal muß immer mehr Patienten versorgen, die Pflege wird immer schlechter.

– Die Rhön AG kann ihr Versprechen, alle Investitionen selber zu bezahlen, nicht halten. Das Land hat einen Zuschuß von 10 Millionen Euro jährlich zugesagt. Da das Land einen Teil der Ärzte und alle Ausgaben, die mit Forschung und Lehre zusammenhängen, bezahlt, kommt das privatisierte Klinikum das Land möglicherweise teurer als vorher.

– Die Gießener Psychiatrie des UKGM befindet sich in einem sehr schlechten baulichen Zustand, ein von der Rhön AG zugesagter Neubau läßt auf sich warten. Kein Wunder, psychisch Kranke gehören nicht zu den Patienten, an denen sich aufgrund hoher Fallpauschalen gut verdienen läßt. Das Regierungspräsidium als Aufsichtsbehörde hat schon mehrfach mit dem Entzug der Lizenz gedroht.

– Das „Leuchtturmprojekt“ Partikeltherapie, mit dem sich die Rhön AG den Zuschlag zum Kauf des Klinikums erschlichen hat, wird wohl nie in Betrieb gehen. Trotz einer Zusage an die Landesregierung zur Inbetriebnahme 2014 passiert nichts in diese Richtung.

Jetzt hat die Rhön AG den größten Teil ihrer Kliniken an den Konkurrenten Fresenius verkauft, der große Klinikkonzern, an den vor 7 Jahren die Unikliniken übergeben wurden, existiert also nicht mehr. Das Klinikum muß wieder in öffentliche Verantwortung. Das muß eine der ersten Aufgaben der neuen Landesregierung sein, egal, welche Koalition diese bildet.

Gernot Linhart



news.dkp.de / dkp-giessen.de

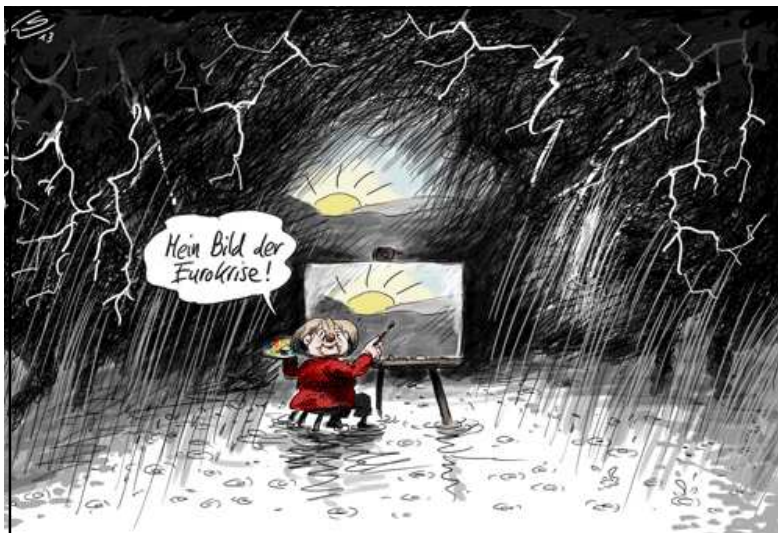
Nachbetrachtung zur Wahl

Bei Wahlen ist die Sache so (man kennt es vom Wählen auf der Speisekarte): Man kann nur das wählen, was angeboten wird. Andernfalls muss man auf eine Bestellung verzichten. Und es fragt sich, ob das später Servierte dem Ausgewählten wirklich entspricht. Von daher verzichten schon etwa 30 Prozent der Wähler ganz auf das Recht, das den Bundespräsidenten so high stimmt, und bleiben der Wahl fern. Dieses verschiebt allerdings das Wahlergebnis zugunsten der wohl situierten konservativen Wähler, denn zuhause bleiben die vom Leben enttäuschten Hartz-IV-Empfänger - die Oberärzte und Rechtsanwälte gehen hin. Ja, und dann die Wahrheit hinter den Parteienamen.

Lassen wir mal das „Christliche“ der CDU beiseite. Sie nennt sich eine Volkspartei. Sie ist zugleich die Partei, welche nach dem Zusammenbruch des Nazireiches den Kapitalismus nach Westdeutschland herüberrettete. Im heutigen Kapitalismus geben letztlich die großen Konzerne den Ton an. Aber inzwischen ist jede klassenmäßige Betrachtung der Parteien von den Massenmedien längst beseitigt. Die CDU ist Angela Merkel und die ist diejenige, die uns verspricht: Alles wird gut werden. Mehr Überlegung braucht's nicht. Jetzt ist Merkel auch nicht böse, dass sie

die „Gurkentruppe“ der FDP los ist. Einfacher regiert sich's mit der großen Koalition und in Europafragen stimmte die SPD schon in der Vergangenheit mit ihr. Nur in Hessen hätte man der FDP mehr Leihstimmen zukommen lassen sollen, ein eher leichter Regiefehler. Die „Grünen“ konnten sich nicht entscheiden, ob sie zu einer „grünen“ FDP mutieren oder doch den aufmüpfigen Waldschrat alter Zeiten hervorkehren sollten und diese Unentschiedenheit bekam ihnen nicht gut.

Besonders schwer hat's die SPD. Sie war bei ihrer Gründung eindeutig die Partei der Arbeiter. Aber die heißen heute „Arbeitnehmer“, wie auch der Kapitalismus



„soziale Marktwirtschaft“ heißt. Nun hat die SPD alle Schwenks zur Anerkennung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der NATO mitgemacht (Godesberger Programm von 1959, Wehners sog. NATO-Rede im Bundestag 1960), aber dennoch erwarten die „kleinen Leute“ von ihr eine Vertretung ihrer Interes-

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche
Antikriegszeitung**

Wochenzeitung der DKP
10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag, Hoffnungsstr. 18, 45127 Essen

sen. Das wurde mit Kanzler Schröders Agenda 2010 völlig aufgegeben und seitdem konnten die verlorenen Hartz-IV-Empfänger nicht mehr als Wähler zurück gewonnen werden. Denen fehlt das Geld monatlich ja immer noch, bei steigenden Preisen immer mehr. Da konnten verwaschene Sozialparolen die Partei nicht retten, schon gar nicht mit einem Kandidaten Steinbrück, der als Agenda-Verfechter bekannt war. Entsprechend das Wahlergebnis dieser Partei. Bleiben „die Linken“, deren Existenz zeigt, dass da etwa zehn Prozent Menschen in Deutschland sind, die Arbeiterinteressen vertreten sehen möchten. Gerade in der Zeit vor der Wahl zeigte sich, dass diese Partei allein durch Anfragen im Bundestag, etwa nach Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft oder nach Waffenexporten in Krisengebiete, die Regierung in Verlegenheit bringt, manchmal bis zur Sprachlosigkeit, Machtlosigkeit ist das natürlich noch lange nicht. Die Linke in Deutschland wird einen langen Atem haben müssen. Klaus Mewes



Spätkapitalismus - kein Kraut gegen das Altern

Als im Mai d. J. US-Zentralbankchef Ben Bernanke über das Ende des billigen Geldes durch sein Institut nachdachte, schrieb das „Gießener Echo“, dass da nichts passieren würde, weil der Spätkapitalismus nur noch durch Kredit gedopt funktioniert. Einem Süchtigen, der auch sonst keine Perspektive hat, kann man die Droge nicht entziehen. Jetzt im September kam es wie vorhergesagt. Die Bank „werde unvermindert monatlich für 85 Milliarden Dollar Pfandbriefe und US-Staatsanleihen aufkaufen“, also Geld in die Wirtschaft pumpen. Die Zinsen bleiben nahe Null. Die internationalen Finanzmärkte feierten die anhaltende Geldflut euphorisch, die Aktienkurse kletterten auf Rekordhöhen, ein wahres Kursfeuerwerk. Aber viele Experten reagierten besorgt. Die Analysten des Bankhauses Metzler: „Unserer Ansicht nach haben Bernanke und die Fed ihr letztes Stück an Glaubwürdigkeit verspielt.“ Eine neue Immobilienkrise und Preisblasen drohten. So ist es: Ohne permanentes Geld auf Pump läuft im Kapitalismus nichts mehr - auf Dauer ist ein Leben auf Pump auch nicht möglich. Wie man's macht, ist's verkehrt. Klaus Mewes

Drei Wochen Sozialismus

Seit 18 Stunden zurück im Kapitalismus: mir ist kalt von innen und von außen. Ich vermisse die Menschen, sie sagen: „Natürlich leben wir in einer Diktatur, in der Diktatur des Proletariats, in der die Leute, also die arbeitende und lernende Gesellschaft, das Sagen haben!“ Hier stehen mir gleich Vertreter der kapitalistischen Einheitspartei gegenüber, die mir erklären wollen, Demokratie bedeutet, dass man alle 4 Jahre zwei Kreuze macht. Ich vermisse politische Wandgemälde der Massenorganisationen und sehe hier nur Werbeplakate der Großkonzerne. Ich vermisse sogar die 40minütigen Busfahrten für umgerechnet einen Cent nach Havanna. Hier muss ich 13 Euro für die gleiche Strecke zahlen, und das DB-Personal ist so frustriert, dass sie mit bürokratischen Scheuklappen nicht glauben wollen, dass ich noch Student bin, da mein Ausweis seit 10 Tagen abgelaufen ist. In Cuba bekommen alle ganz ohne Kärtchen, Zettelkram und Bezahlung eine medizinische Versorgung. Sommer-Son-

ne-Sozialismus-Land ich vermisse dich schon jetzt.

Am 19.08. machten wir (23 Jugendliche der SDAJ und ein Mitglied der KJÖ) uns voller Vorfreude und Taten-



drang auf den Weg nach Cuba. Am bundesweit größten Abschiebeflughafen in Frankfurt wurden wir jedoch gebremst. Einem unserer Genossen fehlte ein Stempel vom italienischen Konsulat, weswegen er uns erst eine Woche später folgen konnte. Doch in Cuba wurden wir herzlich vom cubanischen Teil unserer Brigade mit lieben Worten und kostenlosen Mensaeßen begrüßt. Unser Konzept war komplett neu und umfasste praktische

Hilfsarbeiten, wie die Einrichtung eines Computerraums. Er wurde mit technischen Geräten ausgestattet, die durch die Wirtschaftsblockade schwer zu bekommen sind und die wir durch Spenden finanziert und mitgebracht hatten. Aber unsere Brigade trug nicht grundlos den Namen „Batalla de Ideas“ (Kampf der Ideen). Wir berichteten regelmäßig vom Klassenkampf in der BRD und erhielten unendlich viele Einblicke in das cubanische Gesundheits- und Bildungs-System, sprachen mit Studierenden, Abgeordneten der Nationalversammlung und arbeitenden Menschen. Nach drei Wochen mussten wir uns verabschieden. Doch wir bringen einen Koffer voller Erfahrungen und Ideen mit, die uns beim Streit um ein sozialistisches Deutschland behilflich sein werden.

Tobi, SDAJ Gießen/Marburg
Die SDAJ trifft sich jeden Mittwoch um 18 Uhr in Gießen oder Marburg (Ort auf Anfrage: sdaj-giessenmarburg@gmx.de). Infos: www.comandante.twoday.net oder www.sdaj-hessen.de

DKP Gießen in Brechts "Puntila"

Am 20. September haben Mitglieder der DKP zusammen das Stück „Herr Puntila und sein Knecht Matti“ von Bertolt Brecht im Stadttheater Gießen besucht.

Brecht schrieb das Stück 1940/41 inspiriert von einem Theaterstück aus Finnland, wo er während seiner Exilzeit auf einem Gutshof lebte.

Puntila ist ein Gutsherr mit zwei Gesichtern. Trunken sucht er die Freundschaft mit dem Personal, verspricht dem Chauffeur seine Tochter, will sein Vermögen teilen und sieht keine Kluft, keine Unterschiede, sondern nur Menschen.

Nüchtern hat er das vollkommen vergessen und agiert als eiskalter Kapitalist, der seine Tochter an den Attaché verheiraten möchte, nutzbringende Kontakte zur Regierung sucht und mit dem Personal gerade so umspringt, wie es ihm gefällt.

Der Chauffeur Matti und die anderen Arbeiter, sind den Launen und der Willkür des Gutsherrn in Nüchtern-

heit und dem Rausche völlig unterworfen, was Matti klar erkennt: Eine Freundschaft auf gleicher Ebene zwi-



schen Personal und Chef – Arbeiter und Kapitalist - ist nicht möglich. Nur der Gutsbesitzer kann entlassen, einstellen, Freundschaft anbieten oder verwehren – Matti ist, weil er seinen Lebensunterhalt verdienen muß, immer in der unterlegenen Position.

Die Gießener Aufführung zeigt einen herausragenden Roman Kurtz als Puntila, die Übergänge zwischen nüchterner Gutsherr und besoffener Kumpel sind eher fließend, wie im richtigen Leben.

Einige Zuschauer fanden die Grundaussage des Stückes, die Unvereinbarkeit der Interessen der Arbeiter und des Gutsbesitzers nicht deutlich genug herausgestellt. Ob Zufall oder politisches Kalkül, daß ausgerechnet der letzte Satz, den Matti spricht, als er seinen Herrn verläßt, der Scheure zum Opfer fallen mußte, sei dahingestellt:

*„'s wird Zeit, daß deine Knechte dir den Rücken kehren.
Den guten Herrn, den finden sie geschwind.*

Wenn sie erst ihre eigenen Herren sind.“

Wer sich selbst eine Meinung bilden möchte: Das Stück läuft noch bis November im Gießener Stadttheater.

Sabine Albrecht

Buchtipp: Konfessionslos in der Schule

Als Mutter eines schulpflichtigen Kindes gerate ich immer wieder in Konfliktsituationen, wenn es um weltanschauliche Neutralität im Klassenzimmer geht. Ob Unwissenheit oder Ignoranz der Lehrkräfte die Ursache der Probleme sind, mag ich nicht beurteilen. Da fiel mir das folgende Buch in die Hände:

„Konfessionslos in der Schule“ ist die Neuauflage eines Ratgebers für konfessionslose Schüler, Eltern und Lehrer von 1992. Er informiert über die Möglichkeiten, sich gegen religiös motivierte Diskriminierungen zur Wehr zu setzen. Die verschiedenen Autoren stellen das aktuelle Schulrecht dar, exemplarisch wird auf die Themen Religionsunterricht, Ethikunterricht und weltanschauliche Neutralität in den anderen Fächern eingegangen, Tipps zur Umgehungsweise im Falle eines Konflikts gegeben. Am Ende des Ratgebers gibt es eine Sammlung von Gerichtsurteilen zu dieser Problematik, weiter enthält der Anhang eine nach Bundesländern aufgeteilte Adressensammlung von Organisationen, die sich in diesem Bereich engagieren.

Der Ratgeber ist in meinen Augen alltagstauglich und gibt den genannten Zielgruppen eine Handlungsorientierung.
Sabine Albrecht



Alibri Verlag, 117 S., kt,
10 Euro, alibri.de

Leserbriefe

Anerkennend stelle ich fest, dass Sie meinen kritischen Leserbrief zur Augustausgabe des Gießener Echos im nachfolgenden Heft abgedruckt haben. Dies beantwortet zumindest einen Teil meiner Frage nach Ihrem Demokratieverständnis.
Rafael Jurewicz

Wofür das zweite 'D' in DDR stand

Für: gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Mann und Frau), kostenlose Bildung, auch Studium und 2. Bildungsweg, kostenloses Gesundheitssystem, Kitas, Hort, Kinderferienlager, Urlaubsfahrten für alle jedes Jahr, alle Schulabgänger eine Lehrstelle mit anschließender Übernahme und kostenloser Weiterbildung, Schüler und Jugendliche an Arbeitsgemeinschaften teilnehmen konnten, wie z. B. Fotografieren, Reiten, Judo, Fußball, Segeln, alles für einen mickrigen Jahresbeitrag. Jeden Monat gingen Schulklassen in Museen, Theater und Kinos, damit alle Zugang zu Kunst und Kultur bekamen. Gleiches Recht für alle, egal ob Arbeiter, Angestellter oder Vorgesetzter, wer anderen Unrecht antat wurde bestraft. Frauen mußten ihren Mann nicht um Erlaubnis fragen, ob sie arbeiten gehen dürfen (war hier bis in den 60er noch so). Was einem gesetzlich zustand bekam man ohne sich vor dem Amt als Sozialschmarotzer beleidigen zu lassen. Straffällige bekamen die Chance sich wieder einzugliedern, indem sie Arbeit und Wohnraum bekamen. Es wurde auch niemand mit überzogenen Krediten von Banken gelockt, so dass sich die Menschen derart verschulden, dass sie alles verlieren und auf der Straße landen... wenn das alles undemokratisch war, dann

Wir haben einen - leider anonymen - Leserbrief zu kirchlichen Trägern von Kitas erhalten, den wir gerne abdrucken würden. Wir möchten aber doch gerne wissen, wer ihn geschrieben hat, auch wenn wir den Namen nicht veröffentlichen.

stand das zweite 'D' in DDR zu unrecht. (Ich könnte noch viel mehr Punkte ansprechen, soll aber genügen.) B.N.

Echo in der Klinik

In der Geburtshilfe des Gießener Uniklinikums liest man unter den Schwestern das Gießener Echo. Die ausgeschnittene Karikatur von Seite 2 (zu Arbeitern und Unternehmern) prangte später an der Wand des Schwesternzimmers. P.G.

Schonvermögen+Grundsicherung

SPD und Grüne, die vor der Bundestagswahl alles Mögliche versprochen, aber selber die Armutsgesetze eingeführt haben, sind scheinheilig und unglaubwürdig. Über Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, die unter Armut, Diskriminierung und Überwachung vom Staat noch mehr leiden müssen, als die ohnehin schon gebeutelten Hartz IV-Empfänger, möchte ich dies ergänzen, da es ziemlich unbekannt ist: Bei Beziehern von Grundsicherung beträgt das „Schonvermögen“, was vom Staat unangetastet bleibt, 1600 bzw. 2600 € (je nach Alter u.a.). Als Vermögen werden sowohl Bargeld als auch wertvolle Möbel behandelt. - Die Armut ist also in jedem Falle programmiert. Wenn ein Antrag gestellt wird, wird rechnerisch der Hartz IV-Satz zugrunde gelegt. Das „Schonvermögen“ bei Hartz IV beläuft sich pro Lebensjahr auf 150 €, mindestens aber auf 3100 Euro unabhängig vom Lebensalter. Dazu besteht ein Ansparvermögen in Höhe von 7500 Euro - anders als bei der Grundsicherung - ist hier ein PKW bis 7500 € geschützt. - Was

für Hartz IV gilt, muss auch bei der Grundsicherung gelten: Die niedrigen Sätze müssen gestrichen werden. Eine existenzsichernde Rente ist zu fordern, und es muss auch bei der Grundsicherung möglich sein zu sparen! Kurt Venohr

Gut, dass Herr Mollath endlich nach sieben Jahren Zwangspsychiatrie entlassen wurde. Doch kann man damit zufrieden sein? Der Ausgangsfehler liegt bei dem Gutachter und Psychiater Dr. Leipziger, dem Herrgott in Weiß. Es war von vornherein eindeutig zu erkennen, dass die Schwarzgeldgeschäfte und Steuerhinterziehungen der Realität entsprachen und keiner wahnhaften Wahrnehmung. Das Kriterium für eine Psychose ist nach dem „ICD 10“ der WHO eindeutig definiert: „Anhaltender kulturell unangemessener bizarrer und unrealistischer Wahn, wie das Wetter kontrollieren zu können oder mit Außerirdischen in Verbindung zu stehen.“ Die diagnostizierte Paranoia war demnach von Anfang an nicht haltbar, denn im Finanzkapitalismus kann Herr Mollaths Wahrnehmung jederzeit den Tatsachen entsprechen, was ja auch zunehmend geschieht. Es liegt daher nahe, dass Gutachten und Urteil zumindest anteilig politisch motiviert waren! Wer gibt Herrn Mollath seine verlorene Lebenszeit zurück? Politisch anders denkende und handelnde Menschen zu psychiatrisieren, hat Geschichte. Dies gilt vor allem bei antikapitalistischen Kräften. Erinnert sei hier, dass dies u.a. auch mit Karl Liebknecht versucht werden sollte, bevor er zusammen mit Rosa Luxemburg ermordet wurde.
Uwe Moldenhauer

DKP-Veranstaltung in Marburg

DROHNENKRIEG UND CYBERWAR

Neue Kriegsbilder und Neue Weltordnung
am Montag, 14. Oktober, 20 Uhr, im Technologie- und
Tagungszentrum, Softwarecenter 1 – 5.

Es spricht: **Rainer Rupp**

Rainer Rupp war „TOPAS“. Jahrelang übermittelte er Informationen der höchsten Geheimhaltungsstufe aus der Zentrale der NATO an die Auslandsaufklärung der DDR. 1994 wurde er dafür zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. - Heute ist Rainer Rupp politischer Publizist, u. a. in der „Jungen Welt“

Moderation: **Dr. Johannes M. Becker**

Griechenland in der Schuldenfalle

Politische Analysen und Alltagsleben in Griechenland - Klientele Abhängigkeiten, politische Verstrickungen und was die Medien verschweigen

Mittwoch, 23. Oktober, Kongresshalle Gießen

18.30 Uhr: Eröffnung der Ausstellung

„Sie schlagen Griechenland, aber sie treffen uns alle“

19.00 Uhr: Diskussionsveranstaltung mit

Dr. Jeannette Choisi u. Edit Engelmann

Das Soli-Komitee bittet um Spenden für ein Projekt zur Unterstützung von Schulkindern aus Griechenland. Bei 4.000 geschlossenen Schulen, einer Jugendarbeitslosigkeit von weit über 60% wird in Griechenland eine ganze Generation abgehängt und zurückgelassen. Daher wurde das Projekt „Schule darf nicht sterben – Schulhefte und Bleistifte für Griechenlands Kinder“ gegründet. Eine Handvoll Bleistifte, einen Stapel Schreibhefte, oder ein ausgerangierte Ranzen – alles ist willkommen und kann beim DGB Gießen in der Walltorstr. 17 im 6. Stock abgegeben werden.

Spendenkonto Griechenland Solidaritätskomitee Gießen: Kontoinhaber: VVN/ BdA Gießen, Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25, Kto: 205 033 415,

Kennwort: Schulprojekt Griechenland

Veranstaltung der DKP Gießen

Gegen ein Europa der Banken und Konzerne! Was sagen die Kommunisten?

Donnerstag, 5. Dezember, Versailles-Zimmer/ Kongresshalle

mit **Hans-Peter Brenner,**

stellvertretender Parteivorsitzender der DKP

*Wir gratulieren Thea und Pablo herzlichst zur Geburt
ihrer Zwillinge*

Jannik und Leon

und wünschen der Familie viel Glück!

*Deutsche Kommunistische Partei
Kreisorganisation Gießen*

Mahngang

am 75. Jahrestag der
faschistischen Reichs-
pogromnacht

**Treffpunkt: Samstag, dem
9. November, 18 Uhr vor
dem Stadthaus**

Nach dem Mahngang, der wieder an den historischen Gedenkstätten in Gießen vorbeiführt, findet vor der Kongresshalle die Abschlußkundgebung statt, verbunden mit der Kranzniederlegung am Gedenkstein für die ehemalige Synagoge.

Wir bitten um Spenden

Gießener Echo

**Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025**

**Sparkasse Gießen
- und bedanken uns bei allen Spendern.**

Widerstand gegen Hartz IV

**montags 18 - 19 Uhr, bei
den 3 Schwätzern**

**Redaktionsschluß für das
Nov.-Echo: Mi., 30.10.13**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de.

Im Internet: **/www.dkp-giessen.de**

Ich möchte:

das Gießener Echo abonnieren
 das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:

e-mail: